

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 36 / 43. Jg.

5. Sept. 1930

**ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN,
STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.**

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu bezieh. durch alle Buchhandlungen u. Pos.-anstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.- Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-
schluß: Montag, Fernruf: B 2, Lützow 5583.
Verlag: Johannes Hoff, Berlin W 9. - Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Postverlagsort Schkeuditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Auf dich kommt es an!

Noch nie war eine Wahl für das Wohl und Wehe der Arbeiterklasse so entscheidend, wie die am 14. September es sein wird. Es geht bei der Wahl am 14. September nicht nur darum, die Kräfte zu küren, die die Gesetzgebungsmaschine in Gang bringen, sondern es geht um die Zukunft aller, die in schwerer Arbeit die kärglichen Mittel ihrer Existenz erwerben müssen.

Warum?

Die jetzt noch amtierende Regierung Brüning—Schiele—Treviranus, die sich stolz Frontkämpferregierung nennt und führen wollte, hat ihre Führung in einer riesigen Belastung der Arbeiterklasse und in einer Schonung des Besitzes gesehen. Sie hat

**die Zölle auf Massenbedarfsartikel riesig erhöht,
die Arbeitslosenunterstützung stark herabgesetzt,
die Krankenversicherung direkt verhandelt,
die Konsumvereine mit Extrasteuern belastet,
die Wöchnerinnenhilfe so gut wie abgebaut,
die „Negersteuer“ ausgeheckt,
die Schröpfung der Ledigen vorgesehen,
das Signal zum Lohnabbau gegeben,**

um nur einige ihrer „Taten“ zu nennen. Deshalb hat ein Prominenter der ihrigen von dieser Regierung gesagt:

**Sie ist die reaktionärste Regierung seit
Errichtung der Republik.**

Dieser Regierung galt selbstverständlich die schärfste Opposition der Sozialdemokratischen Partei. *Ihr ist es zu danken, daß die reaktionärste Regierung im Reichstag eine Niederlage erlitt, die zur Auflösung des Reichstages und zu Neuwahlen führte.* Mit Hilfe des ganz falsch ausgelegten Artikels 48 der Reichsverfassung setzte dann die Regierung Brüning durch Verordnungen ihre arbeiterfeindlichen Absichten ins Werk.

Um die Gültigkeit ihrer arbeiterfeindlichen Verordnungen geht die Wahl!

Es geht darum, ob die Arbeiterklasse die Lasten allein tragen soll oder nicht!

Darum geht die Wahl am 14. Sept. auch dich an!

Auf deine Stimme kommt es an!

Du fragst noch, wie du stimmen sollst?

Die liberal-konservative Front ist die Front der Reaktion!

Sie will die soziale Gesetzgebung wegen angeblich untragbarer sozialer Lasten abbauen; sie will die Lasten des Krieges der Arbeiterschaft aufbürden; sie will den Kapitalismus und damit die Ausbeutung der breiten Massen; sie ist die Front des Geldsackes.

Deine Stimme gehört nicht ihr, Kollege!

Die Kommunisten?

Sieh ihnen auf die Fäuste, nicht aufs Maul. Ihr Tun ist „bloß Schnauze“, Zersplitterung der Organisationen der Arbeiterklasse, Hilfeleistung der Reaktion. Schrieb doch die großkapitalistische „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ganz offen: „Die Kommunisten sind für die bürgerlichen und kapitalistischen Staaten solange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie wirken“. Solcher Partei die Stimme zu geben, wäre Vergehen an den Lebensinteressen des Proletariats.

Sie kommen für dich nicht in Frage!

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei?

Willst du vielleicht die Gelben wählen? Jene Elemente, die sich vom Großkapital aushalten lassen? „Die faschistische Diktatur ist die offene, unverhüllte Diktatur der kapitalistischen Bourgeoisie!“ An diesem Urteil ist nicht zu rütteln.

**Du bist das Kalb, das seinen Metzger selbst
wählt, wenn du dieser Partei deine Stimme
geben würdest!**

Es gibt nur eine Partei die bei der Wahl für dich in Frage kommt

Die Sozialdemokratische Partei!

Sie hat sich mit ganzer Kraft gegen die Reaktion gestellt, nur sie hat das im neuen Staat geschaffene soziale Recht im Bunde mit den freien Gewerkschaften verteidigt. In dem großen Ringen um den demokratischen Ausbau der deutschen Republik, um das wirtschaftliche und politische Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse, um die Ausgestaltung der Sozialversicherung und die Erweiterung des sozialen Schutzes stehen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften allein.

**Der Sozialdemokratie
muß deshalb deine Unterstützung gelten.
Gib der Sozialdemokratie deine Stimme!**

Auf dich kommt es an!

Wähle Liste 1! Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

„Bloß Schnauze!“

II.

Die Nationalsozialisten

Nur eine Partei vermag im politischen Tageskampf den Kommunisten in der Unbedenklichkeit der Anwendung der Mittel den Rang abzulaufen. Diese Partei firmiert als: „Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei“.

Auf einmal war sie da. Zunächst kannte man sie zwar nur aus den Zeitungen als Gewächs, das nur auf bajuarischem Boden gedeihen konnte und zwar unter der aufopferndsten Pflege jenes Putzschistenkonsortiums, für dessen Wirken Hitler, Kapitän Ehrhardt, Ludendorff, Kahr und Pöhner verantwortlich zeichneten. Sie schien sich als Sekte zu konstituieren, als ihres „großen Führers“ bombastisch angekündigter Marsch nach Berlin schon 5 Minuten nach dem Ausrücken zum Stehen gekommen war und der „große Adolf“ zunächst einmal in eiligster Flucht das Gesicht der tschechischen Heimat zuwandte. Diese Annahme war aber ein Trugschluß und bald war sie wieder da und dort in den deutschen Landen, ihre Apostel redeten „über alles, über alles in der Welt“, beteiligten sich an den politischen Wahlen und hatten immerhin Erfolge und wieder Erfolge. Diese Tatsachen förderten die Erkenntnis zutage, daß es sich bei dieser Bewegung nicht allein um einen losen Haufen von Parteigängern handelt, den politische Hasardeure vor ihren Karren gespannt haben, sondern um eine planmäßige, mit reichlichen Mitteln unternommene Gründung und zwar eine mit klar vorgezeichneten Zielen.

„Der Faschismus ist das Produkt des verschärften, wenn auch oft verschleierte Klassenkampfes und der sich zuspitzenden Auseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und aufsteigendem Proletariat.“

Die faschistische Diktatur ist die offene, unverhüllte Diktatur der kapitalistischen Bourgeoisie, dazu bestimmt, deren bedrohte Herrschaftsstellung auf politischem Gebiet — im Staat — und auf wirtschaftlichem — in den Betrieben — aufrecht zu erhalten.“

So umschreibt Engelbert Graf in seiner so lesenswerten Broschüre: „Die faschistische Gefahr“ Aufgabe und Zweck der faschistischen Bewegung.

„Die Diktatur ist der letzte Rettungsanker der Bourgeoisie im Kampfe um die politische Macht“

heißt es ebendasselbe, und wenn man die gegenwärtigen Verhältnisse betrachtet, dann muß man schon sagen, daß Graf die Dinge nicht schief gesehen hat. Die verzweifelten Sammlungsbestrebungen des Bürgertums, die gegenwärtige mißbräuchliche Anwendung des Artikels 48 durch das diktatorlusterne Kabinett des Besitzbürgerblocks und die offenen und versteckten Drohungen der Gewaltpolitiker um Hugenberg sind Beweise genug, daß wir uns tatsächlich der Situation nähern, wo es „um die Wurst“ geht. — Wenn wir so die Dinge betrachten und uns zu der unzweifelhaft richtigen Überzeugung bekennen, daß die sogenannte nationalsozialistische Bewegung weiter nichts ist als eine Stützungsaktion des durch seine inneren Widersprüche früher oder später zugrundegehenden Kapitalismus, dann stoßen wir auch auf die Vorläufer dieser Bewegung und auf deren Anfänge, die nicht erst von heute und gestern datieren.

Es kann nun nicht Aufgabe dieser Abhandlung sein, chronologisch alles zu rubrizieren, was als Vorläufer dieser Bewegung anzusprechen ist. Immerhin muß, um die Duplizität der Geschehnisse zu erkennen, darauf verwiesen werden, daß schon in den Lebiusbriefen vor etwa 25 Jahren Gedanken und Anregungen zu gleichartigem Tun zu finden sind. Der neue Kapitalmessias Hitler hat also wirklich nichts neues gebracht, als er nach dem Kriege dort wieder anknüpfte, wo aus verschiedenen Ursachen heraus die Väter der Gelben ehemals die Fäden verloren hatten. Schon Lebius hatte durch sein Wirken, wenn man seinen Angaben etwas Glauben schenken darf, in einer Organisation gegen 50 gelbe Vereine mit ungefähr 50 000 Mitgliedern zusammengefaßt. Wenn er ein ebenso gerissener Geschäftemacher wie sein Nachbeter Hitler gewesen wäre, und wenn ihm die Kapitalmillionen des In- und Auslandes ebenso zur Verfügung gestanden hätten, dann würde auch Lebius, der doch auch einer war, ebenfalls besser vorwärts gekommen sein. Damals waren aber die Klassengegensätze doch noch nicht so ausgeprägt wie heute und die Kapitalisten hatten es noch nicht nötig, zur Stützung ihres Systems eine so kostspielige Prätorianergarde zu erhalten. Die Beurteilung dieser Bewegung war aber schon damals seitens anständiger Menschen dieselbe wie heute. Der bekannte liberale Politiker Korell schrieb zu jener Zeit:

„Nach den Erfahrungen aus meinem Wahlkreis fällt die Gründung einer gelben Gewerkschaft stets zusammen mit dem Herausdrängen der organisierten Arbeiter aus den Betrieben. Ich kann den Angriffen auf die Gewerkschaften und auf die Gewerkschaftsführer nicht zustimmen. Sie sind weit davon entfernt, bloß um des Geldes wegen für die Arbeiter zu wirken. Die Protektoren der gelben Gewerkschaften sind die Hintermänner des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, die den politischen Kampf so vergiftend, elend und persönlich führen, wie sonst niemand in Deutschland und die Kriegervereine mit ihrem militaristisch reglementierten Geist.“

Setzt man an Stelle der damaligen gelben Werkvereine den Namen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, deren Papst Mussolini ja auch die Gewerkschaften verboten und alle Arbeiterorganisationen aufgelöst hat, und an Stelle des damaligen Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie den Industriellenverband oder die Hauptstelle der Arbeitgeberverbände, dann trifft diese Kennzeichnung auch heute noch ins Schwarze. In diesem Zusammenhang sei auch noch an eine Rede des damaligen Generalsekretärs des Zentralverbandes der Industriellen, Bueck, erinnert, die in der „Arbeitgeberzeitung“ wiedergegeben wurde, wo es in dem entscheidenden Abschnitt wie folgt heißt:

„Doch auch nach noch so gründlicher Reorganisation der Verteidigungstaktik dürfte es bei dem jetzigen Stand der Dinge kaum gelingen, einen ausschlaggebenden Wechsel der Verhältnisse herbeizuführen, wenn nicht den Arbeitgebern aus der Arbeiterschaft selbst heraus ein Bundesgenosse gegen den sozialdemokratischen Gegner entsteht.“

Dieser Gegner war damals die Bewegung, die unter dem Namen der „Vaterländischen Arbeitervereine“ oder ähnlicher Organisationen wirkte. Heute ist der Gegner aus eigenen Reihen, die Nationalsozialistische Arbeiterpartei. Auch ein anderer ehemaliger Syndikus der Arbeitgeberverbände äußerte sich ganz offen und brutal wie folgt:

„Der Schutz der gelben Gewerkschaften ist eine der vornehmsten Aufgaben der Arbeitgeberverbände, denn die große Bedeutung dieser Arbeitervereinigungen liegt ja darin, einen neuen Keil in die Arbeiterbewegung zu treiben.“

Auch diese Kennzeichnung paßt wie die Faust aufs Auge und trifft heute zu auf die Rolle, die die „Nazis“ zu spielen haben. Auch die Betreuer dieser Bewegung sind ihrer gesellschaftlichen Stellung nach die gleichen geblieben:

Damals:	Heute:
Generalmajor v. Loebell,	Minister Frick,
Baurat Bender,	Kapitän Ehrhardt,
Graf zu Dohna,	Kapitänleutn. Killinger,
Direktor Calow,	Graf Reventlow,
Professor Görke,	Hauptm. Göhring, dazu:
Freiherr v. Reibnitz,	Hohenzollernspröblinge,
und andere mehr.	Direktoren, Adlige, Finanzgewaltige u. a. m.

Bedarf es noch weiterer Beweise, daß auch von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, die „Nazis“ die Nachfolger der Lebiusgardisten und in ihrem Wesen gelb bis auf die Knochen sind. Auch bezüglich des von diesen Leuten vertretenen Grundsatzes „Geld stinkt nicht“ ergibt sich eine Übereinstimmung, die keinen Wunsch offen läßt. Lebius schrieb damals in einem seiner vielen Briefe an die Direktion von Siemens & Halske, Berlin wie folgt:

„Der ergebend unterzeichnete Vorstand erlaubt sich, der geehrten Direktion für die in hochherziger Weise zugesandte Unterstützung von 8400 Mk. auf ein Jahr seinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Wir werden unsere Dankbarkeit auch durch die Tat zu verwirklichen streben, daß wir treu unseren Prinzipien mit aller Kraft für den Frieden der deutschen Industrie kämpfen werden.“

Unter dem „Frieden der Industrie“ ist die Ausbeutungsfreiheit zu verstehen. Die „Nazis“ von heute sind aus gleichem Holze geschnitten und schrieben an den Großindustriellen Bosch folgendes:

„Vertraulich.“

Die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei hat auch den Schutz des rechtmäßig erworbenen Eigentums auf ihr Programm geschrieben. Durch die Begeisterung ihrer Anhänger und durch ihre straffe Organisation ist sie allein in der Lage, dem Terror von links wirksam entgegenzutreten. Leider ist das ohne bedeutende Geldmittel nicht zu machen. . . . Für eine gute Verwendung der Gelder bietet Ihnen die Ehrlichkeit unserer Bewegung volle Gewähr.“

Wer findet da noch einen Unterschied und wagt da noch zu behaupten, daß die „Nazis“ etwas anderes sind als die bewußten Knechte des Großkapitals, genau so wie es die gelben und vaterländischen Vereine früher waren! Mit dieser Feststellung erübrigt sich auch die nächste Frage: Was wollen eigentlich die „Nazis“ und was ist ihr Programm? Die Antwort darauf ist durch die vorstehenden Ausführungen bereits erteilt. Wer programmatisch das Privatkapital bejaht, der muß auch die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen bejahen, und wer das tut, der ist ein Anhänger des kapitalistischen Systems mit seiner ungerechten Güterverwaltung und mit seiner wirtschaftlichen und politischen Unfreiheit der großen Masse des schaffenden Volkes. Damit scheint uns die Rolle der „Nazis“ genügend charakterisiert. Ihr billiger Spektakel, ihre Phrasen, ihre „forschen“ Landsknechtmanieren und auch ihre Judenhetze sind nur Mittel zum Zweck. Daß ihr Wirken sie oft zu Abstimmungsgemeinschaften mit den Kommunisten zusammenführt, daß sie sich wechselseitig auch zum Gedankenaustausch in Versammlungen einladen und gegenseitig Leitartikel in ihren Zeitungen aufnehmen, das ist ebenso logisch. Die Gegensätze zwischen beiden Lagern sind eben nur scheinbar. Beide nützen dem Kapital und leisten demselben unschätzbare Dienste, wenn auch aus verschiedenen Beweggründen heraus. Genau so wenig wie die Kommunisten, die doch die Unorganisierten als die wahren Revolutionäre ansprechen, das gegenwärtig noch zahlenmäßige Übergewicht dieser Unorganisierten nützen, um verstärkt durch ihre eigenen Anhänger dem Kapital „den Kampf anzusagen“, obwohl beim Lohnabbau der Unternehmer gerade dort angreift, wo der Indifferentismus am stärksten ist, ebenso wenig vermögen die „Nazis“ dem Kapital etwas zu tun, da sie ja von ihm ausgehalten werden. Hier wie dort: „bloß Schnauze!“

Besondere Agitation entfalten die Hemmungslosen beider Richtungen bei den Jugendlichen. Es ist also auf diesem Gebiet besonders aufzupassen, da diese Demagogen damit rechnen, daß im allgemeinen betrachtet die Jugend noch zu wenig Übersicht hat, um die Phraseure und ihr Tun richtig zu erkennen.

„Wir wollen den jugendlichen Aktivismus vorreiben und wissen, daß gerade die Jugend die große Aufgabe hat, das Werk der Freiheit zu vollbringen. Wir pfeifen auf die Erfahrungen und die geklärte Weisheit des Alters. Das, was wir erleben, hat mit Erfahrung nichts zu tun. Diese Jungen bauen am Deutschland der Zukunft und sie lachen über weise Erfahrung und neunmal kluge Besserwisseri der Weisen und Alten.“

Wer das geschrieben hat? Lenin oder Hitler, Goebbels oder Neumann, alle vier könnten Verfasser sein. So gehen beide Richtungen in die Jugend heran und zwar mit ganz teuflischer Demagogie!

„Sie haben es weg, die Jugend an der empfindlichsten Stelle zu packen“

schreibt Graf sehr richtig und fügt an:

„Wer die Jugend hat, hat die Zukunft. Aber nur der hat die Jugend wirklich, der sie in der Bewegung als Bewegung einfängt und diese Energien in ihrem ganzen Elan in ihre eigene Bewegung einfügt. Der Parteipferch allein genügt nicht.“

Auch darauf kommt es vor dieser Wahl an. Wer also bei dem kommenden politischen Theater seinen Verstand nicht in der Garderobe abgeben will, wer erkannt hat, um was es geht, und wer sich nicht blenden läßt durch demagogisches Drum und Dran, der agitiere und werbe für die Gewerkschaften und für die Sozialdemokratie vor allen Dingen bei den Jungwählern und zwar sowohl bei den männlichen wie auch bei den weiblichen. Bei den älteren kann man im allgemeinen das Vertrauen haben, daß sie nach dem Rezept handeln: „Spiegelberg, ich kenne dir!“

Denken wir immer daran, und wir glauben, daß im Vorstehenden einige Beweise dafür erbracht wurden, daß hinter den „Nazis“ das Kapital steht und daß all ihr Tun nur als Wahrnehmung von Kapitalinteressen anzusprechen ist. Die „Nazis“ und auch die „Kozis“ betrachten die Lüge als notwendiges und unentbehrliches politisches Kampfmittel und scheuen sich nicht, das in ihren Tageszeitungen besonders zu betonen. Daran müssen wir denken beim Lesen aller Aufrufe und Flugblätter, daran müssen wir denken, beim Ansehen aller Plakate und Anschläge und beim Hören aller Reden. Betrachten wir also alles, was von dieser Seite kommt, nach dem Motto: „Bloß Schnauze“, dann handeln wir im Sinne der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei und damit auch in unserem eigenen Interesse und im Interesse unserer Klasse und unserer Familien.

Politikus.

Steuerliche Gerechtigkeit?

(Nachdruck verboten.)

Das statistische Reichsamt hat eine vergleichende Untersuchung der Heranziehung der einzelnen Einkommensklassen zur Einkommensteuer in Deutschland, Frankreich, England, Holland und den Vereinigten Staaten angestellt. Aus ihr ergibt sich, daß in Deutschland das steuerliche Schwergewicht auf den unteren Einkommen liegt. Steuerliche Gerechtigkeit?!

Es ist doch ganz gut, daß wir ein statistisches Reichsamt haben. Zwar bringt es uns im allgemeinen lediglich trockenes Zahlenmaterial, aber man kann aus diesem doch mancherlei herauslesen. Wenn das Statistische Reichsamt jetzt die Einkommenschichtung und ihre steuerliche Belastung in einer Reihe von Ländern untersucht, so hat es damit in mehrerer Hinsicht wertvolle Arbeit geleistet. Einmal wurde dadurch festgestellt, daß 90 v. H. aller Einkommen in Deutschland unter 1800 RM. im Jahre liegen, zum andern, daß diese niedrigen Einkommen den größten Steuerertrag bringen und zum dritten, daß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands doch vielfach falsch eingeschätzt wird. Es muß aber hinzugefügt werden, daß sich aus den Vergleichen mit anderen Ländern ergibt, daß das deutsche Steuersystem zweifellos ungerecht ist. Es könnte dasselbe Ergebnis erzielt werden, wenn die großen Einkommen höher belastet würden und die Einkommensteuerfreigrenze hinaufgeschoben würde. Das in großen Zügen zahlenmäßig zu belegen, soll nachstehend unternommen werden. Gerade im jetzigen Wahlkampf werden die Kollegen von diesen Zahlen vielleicht den richtigen Gebrauch machen können.

Die Durchführung der vergleichenden Statistik stieß ganz besonders im Falle dieser Erhebung auf Schwierigkeiten. In den einzelnen oben genannten Ländern ist die Einkommensteuerfreigrenze ganz verschieden, so daß man sich gezwungen sah, von 1800 RM. auszugehen, wobei man sogar — um überhaupt vergleichen zu können — die unterste Grenze bei 1800 RM. Vorkriegs Kaufkraft ansetzte. Das ist statistisch wichtig und würde der Ordnung wegen hier angeführt, ändert aber an dem Gesamtbild nichts; hinzugefügt muß aber werden, daß in Deutschland bekanntlich schon Einkommen von 1200 RM. der Steuerpflicht unterliegen können. Außerdem hat die Untersuchung des Statistischen Reichsamtes einen weiteren Fehler: sie sagt uns nicht, wie sich die einzelnen Einkommen auf die verschiedenen Erwerbszweige verteilen. Wir wollen nur die wesentlichsten Ergebnisse der Erhebungen wiedergeben. Da zeigt sich, daß in Deutschland 90 v. H. aller Steuerpflichtigen ein Einkommen unter 1800 RM. haben, daß aber auf sie 70 v. H. aller Einkommen überhaupt entfallen. Ähnlich gelagert sind die Verhältnisse nur noch in Frankreich, doch ist dabei zu berücksichtigen, daß diese Vergleichsmöglichkeit nur besteht für die Einkommensklasse von 1800 RM. aufwärts. Hat Deutschland also die Mehrheit seiner Steuerpflichtigen in der untersten Steuerstufe, so Frankreich bei den mittleren Einkommen über 1800 RM. Das gleiche gilt für Großbritannien und die Niederlande, wo die mittleren Einkommen ebenfalls die bedeutendere Rolle spielen. Die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten kann man mit den europäischen nicht gut vergleichen, weil die Freigrenze in Amerika sehr weit nach oben verschoben wurde. Immerhin lassen die Zahlen erkennen, daß noch mehr als in England und Holland die großen Einkommen die Regel sind, daß also der Durchschnittsarbeiter zu meist völlige Steuerfreiheit (bei der Einkommensteuer) genießt. Etwa 15 v. H. der Erwerbstätigen in USA. mit etwa 30 Proz. der Einkommen kommen in die Einkommensklassen über 4000 RM., in England sind es etwa 5 Proz. mit 24 v. H. der Einkommen, in Holland 6 Proz. mit 30 v. H. der Einkommen. Man sieht, daß in diesen Ländern die Einkommensstruktur sehr günstig ist, da ja in Deutschland auf die Klasse von 1800 bis 4000 RM. 77,7 Proz. der Steuerpflichtigen mit etwa 50 Proz. der Einkommen entfallen. Ist also der Anteil der mittleren und großen Einkommen in Deutschland gering, so wird man sehen, daß man sie in steuerlicher Hinsicht recht schon und nach Möglichkeit die Armen der Armen die steuerlichen Lasten tragen läßt.

Bei uns in Deutschland beträgt der durchschnittliche Steuersatz für die niedrigsten Einkommen bis zu 1800 RM. 3,7 Proz. und erbringt 24,6 Proz. der Gesamtsteuersumme. In Frankreich liegt der Steuersatz in der niedrigsten Klasse bei nur 0,3 Proz. und erbringt nur 1,9 Proz. des gesamten Steuerertrages. In Holland beläuft sich der durchschnittliche Satz auf 0,6 Proz. des Einkommens und erbringt entsprechend der Einkommenschichtung 5,7 Proz. der gesamten Steuersummen. Die Vereinigten Staaten belasten Einkommen unter 4000 RM. steuerlich überhaupt nicht mit der Einkommensteuer, während in Großbritannien der Steuersatz für kleinste Einkommen 0,5 Proz. beträgt und auch 0,5 Proz. des Einkommensteuerertrages liefert. Auch die Einkommen über 1800 bis 4000 RM. sind in Deutschland am höchsten belastet mit durchschnittlich 6,2 Proz., wäh-

rend keines der anderen Vergleichsländer auf mehr als 1,9 Proz. kommt. Ebenso liefern in Deutschland diese Einkommen den höchsten Ertrag mit 25 Proz. des Gesamtertrages. Nur Holland kommt infolge seiner besonderen Verhältnisse mit einem Durchschnittssatz von 1,4 auf 18,8 Proz. des steuerlichen Ertrages. Somit bringen bei uns die Einkommen bis zu 4000 RM. allein 50 v. H. des gesamten Einkommensteuerertrages auf, während in allen anderen Ländern — ausgenommen vielleicht Holland — die oberen Einkommensklassen den größeren Teil zu tragen haben, ohne daß man je gehört hätte, daß die Wirtschaft dieser Staaten zusammengebrochen wäre, wie es bei uns so gern behauptet wird, wenn eine Änderung des Einkommensteuersystems verlangt wird. So beträgt z. B. der Einkommensteuersatz für die ganz großen Einkommen in Deutschland (über 50000 RM.) 32,2 Proz., erbringt aber nur 16,6 Proz. des steuerlichen Solls. In Großbritannien beträgt der durchschnittliche Satz für diese Rieseninkommen 45,6 Proz. und bringt dadurch 54,2 Proz. des gesamten Ertrages. In Frankreich müssen die großen Einkommensträger bei einem Steuersatz von 21,4 Proz. 46,7 v. H. des Gesamtertrages aufbringen, in den Vereinigten Staaten sogar 90,9 Proz. Mit anderen Worten: in Deutschland müssen die breiten Massen den größten Teil der Einkommensteuererträge liefern, ohne daß Rücksicht auf ihre Kaufkraft genommen wird.

Daß eine derartige Besteuerungsmethode nicht der Gerechtigkeit entspricht, kann nicht bestritten werden. Wir wissen wohl, daß z. B. in Großbritannien indirekte Steuern teilweise höher sind als bei uns in Deutschland. So z. B. die Tabaksteuer. Aber trotzdem kostet die Zigarette auch in England nicht mehr als bei uns (im Durchschnitt 5 Pfennige). Wir wissen aber auch, daß die englische Arbeiterregierung eben aus der Besteuerung der großen Vermögen und aus der sehr hohen Erbschaftsteuer ihren Etat im wesentlichen bestreitet. Es geht also — ohne daß England deshalb seine bedeutende Stellung in der Weltwirtschaft einbüßte. Allerdings ist der Verwaltungsapparat Großbritanniens viel billiger als der unsere, dessen Aufblähung nur noch verglichen werden kann mit der Herrschaft der Bürokratie in Sowjetrußland.

Es ist eine dankbare Arbeit, der sich das Statistische Reichsamt mit diesen Vergleichen unterzogen hat. Gerade in diesen Wochen des Wahlkampfes sollte man den Wählern zeigen, wie man steuerliche Lasten, zu denen jeder Staatsbürger grundsätzlich beitragen muß, gerecht verteilen kann, ohne die Arbeiterschaft und die Angestellten und unteren Beamten und kleinen Gewerbetreibenden über Gebühr zu belasten.

Erwin Petzall (Dresden).

Arbeiterchaft erkenne deine Macht!

„Das Deutsche Reich ist eine Republik, die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Die Herrschaft des Volkes ist mit diesem Verfassungsartikel in Deutschland zum obersten Gesetz erhoben. 40 Millionen Wähler waren 1928 eingetragen, rund 30 Millionen Gehalts- und Lohnempfänger sind in Deutschland vorhanden, dennoch triumphiert seit Errichtung der Republik stets das Bürgertum. Von den 40 Millionen Wählern haben bei der letzten Reichstagswahl 10 Millionen auf ihr Stimmrecht verzichtet. Der aufgelöste Reichstag zählte 490 Abgeordnete; davon waren 207 Sozialdemokraten und Kommunisten. Das Bürgertum zählte also 283 Abgeordnete. Dieses Zahlenverhältnis beweist, wie wenig das Klassenbewußtsein der gegen Entgelt tätigen Menschen in Deutschland bisher geweckt ist, und wieviel Arbeit noch geleistet werden muß, um wirklich zu einer „Volksheerrschaft“ zu kommen.

In immer stärkerem Maße zeigt sich, daß starke wirtschaftliche Mächte auf die Gesetzgebung der Republik einen unheilvollen Einfluß ausüben. Sie sind dazu nur fähig, weil das Sprichwort: „Wenn sich zwei schlagen hat der Dritte den Vorteil“, gerade auf politischem Gebiet so ungeheure Auswirkungen hat. Die Selbstzerfleischung der Arbeiterbewegung hat zur Stärkung der Reaktion geführt. Die von der KPD. seit 11 Jahren betriebene Bekämpfung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften hat ihr selbst wenig Nutzen gebracht, sondern nur die Schlagkraft dieser Organisationen vermindert.

Dafür hat sich mit Hilfe der Unternehmergelder die Nationalsozialistische Partei entwickelt, die heute mit einer nicht mehr zu überbietenden Demagogie der KPD. schärfste Konkurrenz macht.

Es muß sich daher in diesem Wahlkampf jeder Arbeiter klar sein, daß es auf eine Konzentration der Kräfte ankommt. Nicht in nebelhafter Ferne liegende Ziele — wie die Aufrichtung des dritten Reichs oder der Sowjetrepublik Deutschland — sind für diesen Wahlkampf ausschlaggebend, sondern es kommt darauf an, die von der Regierung Brüning mit Hilfe des Artikels 48 erlassenen Notverordnungen wieder aufzuheben. Diese Verordnungen bedeuten für die Arbeiterschaft eine jährliche finanzielle Mehrbelastung

von 760 Millionen Mark. Im Jahre 1931 erhöht sie sich auf 900 Millionen Mark. Es erscheint logisch, erst den nächstliegenden Zielen zuzustreben und diese heißen:

Sturz der Bürgerblockregierung,
Aufhebung der Verschlechterungen in der Arbeitslosen und Krankenversicherung,
Aufhebung der Ledigensteuer,
Aufhebung der Kopfsteuer (gen. Negersteuer),
Aufhebung des Notpersers.

Die Sammlungsbestrebungen der bürgerlichen Parteien müssen von der Arbeiterschaft damit beantwortet werden, daß sich alle Stimmen auf die Sozialdemokratie vereinigen. Die außerordentliche Zuspitzung der Klassengegensätze erlaubt keine Zersplitterung der Arbeiterstimmen. Das möge jeder beherzigen, der vielleicht aus Verärgerung bei früheren Wahlen angeblich recht radikal gewählt hat. Die Unsicherheit der wirtschaftlichen Lage kann auch ihn schnell in den Strudel der Arbeitslosigkeit hineinreißen, wo es dann eine große Rolle spielt, ob 15 oder 25 Mk. Unterstützung gezahlt werden.

Es geht bei den Neuwahlen am 14. September um die Macht im Staate. Der Staat ist das, was wir oder unsere Gegner aus ihm machen. Herrschen in ihm die Gegner, so wirkt er als Förderer kapitalistischer Interessen, als starker Bremsklotz gegen das Werden einer sozialistischen Gesellschaft. Über wir die Herrschaft auch nur teilweise aus, so beeinflussen wir durch die Gesetzgebung die Entwicklung zum Sozialismus.

Nach Artikel 157 der Reichsverfassung steht die Arbeitskraft unter dem besonderen Schutz des Reichs. Verfassungsbestimmungen an sich sind ein bedrucktes Stück Papier, wenn nicht die Kräfte ausgelöst werden, denen es mit der Durchführung ernst ist. Über die Art des Schutzes gehen die Meinungen stark auseinander. Die jetzt amtierende Regierung beruft sich ja gerade darauf, daß ihre Verordnungen zum Schutz der Arbeitskraft und zur Aufrechterhaltung der Volkswirtschaft das Beste auf diesen Gebieten darstellen. Ihre Wortführer verkünden, daß sie eine Basis gefunden haben, auf der sich die gesamte Volkswirtschaft ausgleichen könne. Sozialistische Gedanken können hierbei nicht geduldet werden, weil das ein Ende mit Schrecken bedeuten würde. Für diese Kreise bedeutet eben das Ende mit Schrecken die Veringerung oder Wegsteuerung ihrer Profitrate. Sie erklären immer und immer wieder, es müsse mit der Sozialpolitik Schluß gemacht werden. Das Volk hätte keine Lust mehr zum arbeiten, weil jedes Kind in Deutschland schon mit der Unterstützungskarte um den Hals geboren werde.

Hier treffen unüberbrückbare Gegensätze aufeinander. Wirtschaften bedeutet, mit dem Einsatz des kleinsten Mittels den größtmöglichen Nutzeffekt zu erzielen. Die Kapitalisten wollen diesen Nutzen nur den Besitzern der Produktionsmittel zukommen lassen und führen hämische Reden, wenn es der Arbeiterschaft im Staat gelungen ist, Gesetze zu schaffen, die das Sozialprodukt gerechter verteilen. Auf jede Maschine werden im Betrieb Abschreibungen vorgenommen, so daß sie in fünf oder 10 Jahren durch eine neue ersetzt werden kann. Die Arbeitskraft verdient nach Unternehmerauffassung eine derartige pflegliche Fürsorge nicht. Aus ihr wird das Maximum an Leistung herausgeholt, und wenn der Arbeiter das Alter von 50 Jahren erreicht hat, kann er den Betrieb verlassen, da sich genug junge Kräfte zur Verfügung stellen. Die jetzigen Verhältnisse erfordern ganz radikale Änderungen. Immer dringlicher wird die Forderung, das Alter für den Bezug der Alters- und Invalidenrente auf 55 Jahre herabzusetzen und die Rente um soviel zu erhöhen, daß ein sorgenfreier Lebensabend gesichert ist. Ebenso wird die gesetzliche Einführung des Siebenstundentages ein Erfordernis der nächsten Jahre sein. Es könnte dann eine größere Zahl älterer Arbeiter aus dem Produktionsprozeß ausscheiden und den jüngeren Platz machen, die heute den Arbeitsnachweis bevölkern. Es ist klar, gegen eine derartige Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten sträubt sich das Unternehmertum mit Händen und Füßen. Es weiß, daraus ergeben sich finanzielle Rückwirkungen.

Dem Reformwillen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften steht das Bürgertum ablehnend und feindlich gegenüber. Ihm ist die Not der Arbeiterschaft nichts und der Profit alles. Die politische Situation ist für die Arbeiterschaft so günstig wie nie in den letzten zehn Jahren. Es kommt jetzt darauf an, die Gelegenheit zu benutzen, um der Reaktion einen Schlag zu versetzen, von dem sie sich in den nächsten 4 Jahren nicht erholen kann. Schlagen kann man nur, wenn man stark und mächtig ist. Jeder Gewerkschafter hat jetzt die Gelegenheit, unter Zurückstellung aller kleinlicher Bedenken, sich selbst dieses Machtinstrument zu schaffen, indem er seine Stimme der Sozialdemokratischen Partei gibt. Wenn aus den 9 Millionen sozialdemokratischer Wähler von 1928 15 Millionen werden, dann ist der Sieg der Arbeiterschaft gesichert. Nicht Radau, nicht Verratgeschrei oder hohles Phrasengeklänge führt zum Ziel, sondern sachliche, wohlüberdachte Arbeit.

Erich Huhn.

RECHT UND GESETZ

Die Verhandlung der Krankenversicherung

Die Regierung Brüning hat nicht nur die Arbeitslosenversicherung, sondern auch die Krankenversicherung verhandelt. In der Krankenversicherung sind die Vorschläge des Regierungsentwurfs ohne wesentliche Änderungen zum Gesetz erhoben worden. Allerdings wurde dem Reichsratsbeschluß Rechnung getragen, wonach die Gebühr für den Krankenschein nicht 1 RM., sondern 50 Rpf. betragen soll mit der Möglichkeit, durch die Satzung die Gebühr für Versicherte mit einem Grundlohn von nicht mehr als 4 RM. bis auf die Hälfte zu ermäßigen und für Versicherte mit einem Grundlohn von mehr als 7 RM. um die Hälfte zu erhöhen, ferner bei gleichzeitiger und gleichartiger Erkrankung mehrerer Familienmitglieder die Gebühr für den einzelnen Krankenschein auf 25 Rpf. festzusetzen. Bemerkenswert ist beim letzteren, daß bei Erkrankung von mehreren Familienmitgliedern die Herabsetzung nur bei gleichartiger Krankheit erfolgt. Der Gesetzgeber geht scheinbar davon aus, daß bei verschiedenenartigen Erkrankungen, die gleichzeitig erfolgen, die Notlage der Familie geringer ist.

Für die Abnahme von Arznei, Heil- und Stärkungsmitteln hat der Versicherte 50 Rpf., jedoch nicht mehr als die wirklichen Kosten zu zahlen und zwar für jedes Verordnungsblatt, unabhängig von der Zahl der in ihm aufgeführten Verordnungen. Es wird also in Zukunft sehr stark von der Größe des Rezeptformulars bzw. von der Fähigkeit des Arztes, in gedrängter Kürze mehrere Verordnungen auf einem Formular unterzubringen, abhängen, inwieweit der Erkrankte finanziell durch den Kauf von Medikamenten belastet wird.

Das Krankengeld ist auf die verschiedenste Weise beschnitten. Einmal ist die Wartezeit von 3 Tagen zwingend eingeführt; sodann ist der Beginn auf den 4. Tag der Arbeitsunfähigkeit (nicht mehr wie bisher auf den 4. Krankheitstag) festgelegt. Ganz neu ist eine Bestimmung, wonach im Falle, daß die Arbeitsunfähigkeit an einem Sonntag oder an einem staatlich allgemein anerkannten Feiertag endet, dieser Tag für das Krankengeld nicht mehr mitgezählt werden darf. Entsprechend dem Vorschlag des Regierungsentwurfs ist bestimmt worden, daß der Anspruch auf Kranken- und Hausgeld ruht, wenn und soweit der Versicherte während der Krankheit Arbeitsentgelt erhält. Damit ist also insbesondere für die Angestellten eine grundsätzliche Veränderung der bisherigen Rechtslage geschaffen worden, die sich praktisch sicher nicht zuletzt dahin auswirken wird, daß die Arbeitgeber die Gehaltszahlung für Zeiten der Krankheit abdingen werden, da sie ja doch dem Angestellten nur noch zu geringem Teil zugute kommt. Die durch diese Bestimmung geschaffene Entlastung wird also viel weniger eine Entlastung der Kassen, als eine Entlastung der Betriebe darstellen. Als Ausgleich für diese außerordentliche Verkürzung soll die Satzung entweder die Beiträge für derartige Versicherte entsprechend senken oder das Krankengeld nach Wegfall des Arbeitsentgelts auf 60 v. H. des Grundlohnes erhöhen. Im allgemeinen soll dagegen das Krankengeld für Versicherte ohne Angehörige auf 50 v. H. des Grundlohnes beschränkt bleiben und nur für Angehörige des Versicherten, die von ihm bisher ganz oder überwiegend unterhalten worden sind und mit ihm in häuslicher Gemeinschaft leben, sollen die Zuschläge in Höhe von höchstens 10 v. H. für den Ehegatten und höchstens 5 v. H. für jeden sonstigen Angehörigen zulässig sein. Die Satzung kann das Krankengeld von der 7. Woche der Arbeitsunfähigkeit an bis auf 60 v. H. des Grundlohnes erhöhen, sie kann die Erhöhung auf die unteren Lohnstufen beschränken. Der Gesamtbetrag von Krankengeld und Zuschlag darf drei Viertel des Grundlohnes nicht übersteigen.

Das Hausgeld darf durch die Satzung nur für Versicherte mit mehr als einem Angehörigen durch Zuschläge erhöht werden, die für jeden weiteren Angehörigen 5 v. H. und insgesamt mit dem Hausgeld das satzungsmäßige Krankengeld nicht übersteigen dürfen. Dieses gilt auch dann, wenn die Kasse den Versicherten in einem Genesungs-, Erholungs- oder Kurheim unterbringt.

Das Sterbegeld wird nach dem Grundlohn bemessen, der zuletzt für die Berechnung des Krankengeldes maßgebend gewesen ist und zwar auch für Weltversicherte.

Die Familienhilfe ist obligatorisch eingeführt und zwar für Ehegatten und unterhaltsberechtigten Kinder von Versicherten, die innerhalb der letzten 6 Monate mindestens 3 Monate auf Grund eines Reichsgesetzes für den Fall der Krankheit versichert

waren. Die Angehörigen erhalten die Familienhilfe nur dann, wenn sie sich gewöhnlich im Inlande aufhalten und nicht anderweit einen gesetzlichen Anspruch auf Krankenpflege haben. Die Dauer der Familienhilfe ist auf 13 Wochen ärztliche Behandlung begrenzt. Von den Kosten für Arznei und kleineren Heilmitteln wird die Hälfte erstattet. Selbstverständlich haben auch die Familienmitglieder die Gebühr für den Krankenschein zu zahlen. Die Satzung kann die Dauer der Familienkrankenpflege bis auf 26 Wochen erweitern und sie auf sonstige Angehörige erstrecken, die mit dem Versicherten in häuslicher Gemeinschaft leben, von ihm ganz oder überwiegend unterhalten werden und sich im Inlande aufhalten. Sie kann bestimmen, daß für Kinder über einer bestimmten Altersgrenze ein Anspruch nicht besteht.

Die Satzung kann auch bestimmen, daß bis zu 70 v. H. der Kosten der Arzneien und kleineren Heilmittel erstattet werden, sowie Hilfsmittel, Stärkungs- und andere kleine Heilmittel oder einen Zuschuß hierfür zubilligen. Die Satzung kann ferner Krankenhauspflege oder an ihrer Stelle einen Zuschuß hierfür zubilligen. Sie kann den Versicherten eine Beteiligung an den Wegegebühren auferlegen.



**Steh ich
an der Maschine dran,
Quatsch' mich nicht
von der Seite an!**

Ausdrücklich wird noch bestimmt, daß jeder Anspruch nur einmal und nur bei einer Kasse — selbst wenn mehrere in Frage kommen — geltend gemacht werden kann.

Das Sterbegeld für Angehörige kann durch die Satzung eingeführt werden und darf für den Ehegatten bis auf zwei Drittel, für sonstige Angehörige bis auf die Hälfte des Mitgliedersterbegeldes bemessen sein und ist um den Betrag des Sterbegeldes zu kürzen, auf das der Verstorbene selbst gesetzlich versichert war.

Damit ist, abgesehen von einigen mehr redaktionellen Änderungen, der ganze Katalog der Leistungsbeschränkungen aufgezählt. Eine Erweiterung des Pflichtversichertenkreises hat nicht stattgefunden. Dagegen ist bestimmt worden, daß die Versicherungsberechtigung in allen Fällen erlischt, wenn das regelmäßige jährliche Gesamteinkommen 8400 RM. beträgt und daß bei Überschreitung der Versicherungspflichtgrenze das Ausscheiden aus der Versicherungspflicht sofort, also nicht mehr erst nach einer Übergangsfrist von drei Monaten, stattfindet.

Darauf kann es am 14. September nur die eine Antwort geben: *Wir wählen Sozialdemokraten!*

Der Krankenschein

Was man über ihn wissen muß

Der durch die Notverordnung zur Einführung gelangte Krankenschein stellt wohl mit die übelste Verschlechterung dar, die innerhalb der Krankenversicherung vorgenommen worden ist. Er ist das Unsozialste, was man sich denken kann. Auch wenn für die Lösung des Krankenscheines nicht mehr 1 RM. zu entrichten ist, wie ursprünglich von der „reaktionärsten aller Regierungen“ geplant war, so ist und bleibt der Krankenschein eine Härte für jeden, der gegen Krankheit versichert ist, und

zwar deswegen, weil er unnützlich die Leistungsfähigkeit der Versicherten herabmindert. Die Versicherten müssen für den Kauf des Krankenscheines jährlich rund 1 Million RM. ausgeben. Der Krankenschein stellt ein Hemmnis dar, gegen die Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe. Die Regierung will ja mit der von ihr durch Diktat durchgeführten Reform der Krankenversicherung erreichen, daß die Beanspruchung der durch die Krankenversicherung garantierten ärztlichen Hilfe um 20 Proz. sinkt.

Der Krankenschein an sich ist allerdings keine Erfindung des sozialreaktionären Kabinetts Brüning. So konnten die Krankenkassen bereits nach dem gewesenen Recht für die Ausstellung des Krankenscheines eine Gebühr bis zu 10 Rpf. erheben. Praktische Bedeutung hat jene Bestimmung nie gehabt. Das „Verdienst“ der Bürgerblockregierung ist, den Krankenschein zu einer obligatorischen Einrichtung der Krankenkassen gemacht zu haben.

* * *

Der Versicherte hat, wenn er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen will, einen Krankenschein zu lösen. Die Gebühr beträgt 50 Rpf. Auch wenn die Familienangehörigen des Versicherten Krankenhilfe beanspruchen wollen, muß der Versicherte für die Familienangehörigen einen Krankenschein lösen. Die Gebühr des Krankenscheines für die Familienangehörigen beträgt ebenfalls 50 Rpf.

Zu erwähnen ist noch, daß für denselben Versicherungsfall die Gebühr nur einmal zu entrichten ist, d. h. wenn der Versicherungsfall mehrere Behandlungen usw. notwendig macht. Bei Inanspruchnahme der Wochenhilfe und der Familienwochenhilfe fällt die Gebühr für den Krankenschein fort.

Übrigens, die Erhebung der Krankenscheingebühr ist für die Krankenkassen zwingend vorgeschrieben.

Die Krankenkassen besitzen jedoch die Möglichkeit und zwar durch Satzungsbeschluß, die Krankenscheingebühr zu erhöhen und zu ermäßigen. So sind Ermäßigungen zulässig für Versicherte mit einem Grundlohn von 4 RM. und weniger und zwar bis auf 25 Rpf. Und für Versicherte mit einem Grundlohn von mehr als 7 RM. kann die Gebühr um die Hälfte erhöht werden, d. h. um 25 Rpf. Die Satzung kann ferner bei gleichzeitiger und gleichartiger Erkrankung mehrerer Familienmitglieder die Gebühr für den einzelnen Krankenschein auf 25 Rpf. festsetzen. Zu den Familienangehörigen zählt natürlich auch der Versicherte selbst, so daß er für den Krankenschein in diesem Falle nur 25 Rpf. zu entrichten hätte.

Aufgabe der Vertreter der Versicherten in den Krankenkassen ist nun, wenn die Satzungen den neuen Änderungen angepaßt werden, dafür zu sorgen, daß in den Satzungen die höchstmöglichen Verbesserungen hineingebracht werden. So in bezug auf den Krankenschein, daß einmal von der Erhöhung der Gebühr kein Gebrauch gemacht wird, dagegen aber von den Ermäßigungen.

Der Krankenschein wird in der Regel von der Krankenkasse selbst ausgegeben. Sie, die Krankenkasse, kann aber auch andere Stellen damit beauftragen. So z. B. die Arbeitsämter, daß diese den Schein an die Arbeitslosen ausgeben.

Es erhebt sich nun noch die Frage, ob die Gewährung der Krankenhilfe absolut von der Lösung des Krankenscheines abhängt. Also: Kann der Arzt, auch wenn der Versicherte keinen Krankenschein abgibt, dem Versicherten Krankenhilfe andeuten lassen? Nun, der Arzt kann den Versicherten behandeln, ohne daß er gleich den Krankenschein beibringt. Aber der Arzt kann seine Bezahlung von der Kasse nur verlangen, wenn er einen Krankenschein vorlegen kann. Aus diesem Grunde wird daher der Arzt eine Behandlung ohne Abgabe eines Krankenscheines meist ablehnen. Wie auch aus dem Rundschreiben des Reichsarbeitsministers, daß dieser zu der Durchführung der Reform herausgegeben hat hervorgeht, hängt die Gewährung der Krankenhilfe nicht davon ab, daß der Krankenschein gelöst worden ist. In zwingenden Fällen kann ein solcher gar nicht sofort gelöst werden. Wenn nun vom Arzt die Krankenhilfe geleistet worden ist, ohne daß der Versicherte zuvor einen Krankenschein gelöst hat, so muß der Versicherte trotzdem nachträglich die Gebühr für den Krankenschein an die Krankenkassen entrichten.

Anschließend sei erwähnt, daß, wenn der Versicherte, der die Krankenhilfe bereits in Anspruch genommen hat, sich weigert, die Krankenscheingebühr zu entrichten, die Kasse die Möglichkeit besitzt, diese Gebühr auf die Ansprüche des Versicherten aufzurechnen.

JUGENDHILFE

Sport und Klassenstaat

Unter Sport versteht man die planmäßige Pflege von Leibesübungen, um Körper und Geist zu fördern. Der Sport ist jetzt die große Mode. Wenn er es nur wäre, um den Gesundheitsstand des Volksganzen auf eine hohe Stufe zu heben, könnte man restlos damit einverstanden sein, denn auf dem grünen Rasen ist nicht nur die heranwachsende Jugend, sondern auch jede Altersklasse besser aufgehoben als auf den Tanzsälen, in den Dielen, fragwürdigen Kneipen und Destillen. Soweit die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung in Frage kommt, kann man wohl als wahr unterstellen, daß Turnen und Sport als Selbstzweck aufgefaßt wird. Wesentlich anders steht es um die sogenannte „bürgerliche“ Sportbewegung, mit der die Drahtzieher und Hintermänner ein Spiel treiben, was den Anhängern dieser Bewegung in den allermeisten Fällen sicher nicht zum Bewußtsein kommt.

Sieht man sich eine namhafte bürgerliche oder „neutrale“ Tageszeitung an, so fällt sofort auf, in wie beachtlichem Ausmaß dem Sport zu propagandistischen Zwecken und zur Berichterstattung über stattgefundene Wettspiele, Platz zur Verfügung gestellt wird. Dieser Platz wird zur Verfügung gestellt trotz der täglichen Klage über den Raummangel, der es verschuldet, daß dieses und jenes nicht aufgenommen werden kann. Das muß bedenklich stimmen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Zeitungsunternehmer zu den gerissensten Geschäftemachern gehören, die jede Zeile Raum dazu benutzen, um Geld zu verdienen. Man findet die Bedenken bestätigt und kommt dem Kern der Dinge nahe, wenn man kritisch alles liest und alles sieht, was in diesen Organen rund um den Sport gebracht wird. Dann dämmert recht bald die Erkenntnis, daß dieser Sport nicht propagiert und gefördert wird um seiner selbst willen, sondern als Mittel zum Zweck mißbraucht wird. Den bürgerlichen Sportredakteuren kommt es nicht so sehr darauf an, wieviel Menschen eine gesundheitsfördernde Betätigung treiben, sondern es kommt ihnen darauf an, Tausende, und in der Allgemeinheit betrachtet, Hunderttausende von Menschen einmal oder einige Male in der Woche als Zuschauer auf die Spielplätze zu führen, um Ziel und Richtung der Gedanken dieser Hunderttausende in gewollter Absicht zu beeinflussen. Sie wissen nur zu gut, daß, wer den Sport über alles stellt, wer sich berauscht und begeistert an den Leistungen dieser oder jener Mannschaft, wer Personenkultus treibt mit dieser oder jener „Kanon“, für den gewerkschaftlichen und politischen Tageskampf verloren oder nur bedingt zu gebrauchen ist. — Dieses Ziel ist des Schweißes dieser Edlen wert und ihr Tun liegt im Interesse der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, die sich ja nichts Besseres wünschen kann, als auf solche bequeme Art eine beachtliche Anzahl ihrer Ausbeutungsobjekte Ablenkung zu verschaffen. — Wie könnte es auch anders sein. Die bürgerliche Presse, die bisher noch jede Schandtat des Kapitals gegen die Arbeiterschaft verteidigt hat, die auch die längste Arbeitszeit für richtig, den geringsten Lohn für ausreichend hält und jede wirtschaftliche und politische Niederhaltung der Volksmehrheit mitmacht — die sollte auf einmal ohne jede Hintergedanken einer Bewegung unentgeltlich beachtlichen Raum in ihren Zeitungen bereitstellen, einen Raum, der für Inserate oder sonstige Dinge viel Geld einbringt? — Wer lacht da? — Und wie weit haben es die Herrschaften schon gebracht? *Seht euch doch einmal diese Spiele an! Beobachtet einmal die glühenden Leidenschaften der zuschauenden „Parteien“, studiert das jabelhafte Interesse und die bewundernswerte Aktivität der einzelnen Sportgemeinden und sucht dieselben Leute dann beim Baseinskampf in den Betrieben auf und lernt erkennen, daß sie in der Mehrzahl der Fälle zu nichts anderem zu gebrauchen sind.* Ist es doch kürzlich anlässlich eines derartigen Spieles zwischen zwei Staaten zu internationalen Verwicklungen gekommen, weil sich an dieses Spiel eine Demonstration schloß, nicht etwa gegen politische oder wirtschaftliche Entrechtung zu protestieren, sondern dagegen, daß die andere Mannschaft angeblich unverdient Sieger geblieben war.

In der gleichen Linie liegt die Förderung der Werksportvereine. Glaubt wirklich jemand, daß Spielplätze, Treß, Schuhe, Bälle und vieles andere kostenlos von den Unternehmern zur Verfügung gestellt wird, nur um der Volksgesundheit zu dienen? Von denselben Unternehmern, die wegen jeder Pfennig Lohnerhöhung die Arbeiter auf die Straße gehen lassen, die den so schon niedrigen Lohn abbauen und soweit Belange der Arbeiterschaft in Frage kommen, zu den härtesten Gegnern gehören. — Auch dieses Tun ist ein Teil vom Ganzen und muß mit eingerechnet werden in die Kampfmethoden der herrschenden Gesellschaft gegen die aufwärtsstrebende Arbeiterschaft.

Und dann der Personenkultus, der mit den 20- bis 22jährigen „Kanon“ getrieben wird. Sie werden verherrlicht in Wort und Bild als hätten sie sich um das Wohl der Menschheit besonders verdient gemacht, Forscher, Männer der Wissenschaft, Künstler von Ruf und Können, die im Dienste der Völker auf Lebensarbeiten zurückblicken können, bemühen sich in derselben Gesellschaft vergebens um gerechte Anerkennung. Dieselbe Gesellschaft, die als Mittel zum Zweck seitengroße Bilder von diesen oder jenen bringt, der einen Lederball ein- oder zweimal in ein „Tor“ gestoßen hat, läßt mit Gleichmut Geistesgrößen verhungern und im Elend verkommen, wozu als jüngstes Beispiel von vielen, das Schicksal des Dichters Arno Holz herangezogen werden soll, den man einfach verkommen ließ. Dafür propagiert man aber den Vertrieb von Max Schmelings Buch: Mein Leben, und erbaudt sich an dem ungerimeiten Zeug, das ein 23jähriger Mensch, der im beruflichen Sinne noch nicht einmal Vollgehilfe ist, geschrieben hat. Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode! — Und mit welchem Eifer werden diese Ablenkungsversuche vom täglichen Elend betrieben und was wird alles in ihren Dienst gestellt. Zeitungen, Telegraphie, Radio, kurzum alles, was möglich ist. Ja, die Drahtzieher, die wissen was auf dem Spiele steht, die lassen es sich auch etwas kosten.

Kollegen, wollt ihr diesem durchsichtigen Tun noch länger eure Unterstützung leihen? Glaubt ihr, wenn ihr auf den Sportplätzen Gast eurer erbittertesten Feinde seid, euer Los zu ändern? Glaubt ihr, daß ihr euch dort das Rüstzeug holen könnt für den unerbittlichen Endkampf mit denen, die Arbeitslosigkeit, Not und Elend verschulden oder wollt ihr die Aufgabe denen überlassen, die anders und logischer denken wie ihr? Kein vernünftiger Mensch wird euch sportliche Betätigung verwehren, kein vernünftiger Mensch wird euch die Freude am sportlichen Spiel mißgönnen. Treibt aber diese Betätigung nicht als Alleinzweck. Vom Sport und Spiel wird man nicht satt, dazu gehört Arbeit und Brot, und darum muß gekämpft werden und zwar mit euren Organisationen. Gekämpft gegen einen noch mächtigen Feind, der euch dazu noch als Bundesgenossen hat, sofern ihr zu jenen mit gehört, die von dem vorstehend geschilderten Tun eingenebelt wurden, um euch von der wirklichen Wahrnehmung eurer Interessen abzuhalten. Überlegt es euch einmal, Kollegen, denkt in ruhiger Stunde darüber nach und handelt dann entsprechend. Und dann noch: Am 14. September könnt ihr vieles wieder gut machen! *Wählt die Liste der Gewerkschaften und der SPD., wählt die Liste 1.* *Kritikus.*

Maschine — Mensch — Natur

Von Heinr. W. Vogel.

Der Reichsverband für deutsche Jugendherbergen veranstaltet am Sonntag, dem 21. September, in Gemeinschaft mit seinen Gauen und Ortsgruppen erstmalig einen Reichswerbetag für Jugendherbergen und Jugendwandern. Das Jugendherbergsnetz soll in weitgehendem Umfang der werktätigen Jugend zur Verfügung stehen. Das hat uns veranlaßt, die nachstehenden Ausführungen eines Jugendherbergsfreundes zu bringen. Wir möchten damit die Hoffnung verbinden, daß auch aus unseren Kreisen dem Jugendherbergsnetz Helfer und Förderer entstehen, damit das Herbergsnetz vervollständigt und so eingerichtet werden kann, wie wir es gerne haben wollen. *Die Schriftleitung.*

In den Fabrikbetrieben rasen die Maschinen. Ein ohrenbetäubendes Dröhnen, Brüllen und Zischen brandet hin und her. Wie unbändige Riesen arbeiten die Maschinen, kreisen und jagen sie ihren Gang. Andere wieder scheinen still und ruhig. Nur ein leises, verhaltenes Sausen kündigt die Ungeheuerlichkeit ihrer Umdrehungen. Die Luft erfüllt ein beißender Geruch nach verbranntem Öl und stickigen Gasen. Dort hinten blitzt flüssiges Eisen auf; tausend Funken sprühen grell. Wie Milch gleitet das Eisen in den Sand, als wäre es harmlos. Aber die ätzende Hitze mahnt zur Vorsicht. Jetzt sausen glühende Eisenblöcke wie von Geisterhand getrieben mit Windeseile dahin. Sie werden von schnellen Greifern erfaßt, die die Blöcke haushoch aufturnen, jedoch noch überragt von sperrigem Eisengerippe. Und allenthalben springt immer wieder ein harter, scharfschneidender Ton auf, der Klang von Stahl auf Eisen.

Bis in die schwülen Büros dringt der eiserne Rhythmus von den Betrieben herauf. Dazu klappern nervös die Schreibmaschinen, Rechenmaschinen krachen. Und nur Zahlen — Zahlen — Zahlen. Das Telephon schreit immer wieder, dann schwir-

ren laute kalte Worte durch die dumpfen Räume. An den kahlen Wänden reihen sich die papierbedeckten Tische, daran wieder junge Menschen sitzen mit ernsten Gesichtern. Stumm arbeiten sie.

Und auf den staubigen Straßen? Da sausen die Maschinen hin und her, immer schneller — immer schneller ist die Lösung. Ein unruhvolles, lautes Geföse liegt über allem. Dazwischen hasten die Menschen ihre Wege, als müßten sie es den Maschinen gleich tun. Das ist der Alltag.

Am Samstag aber drängen die jungen Menschen freudig aus den Toren der Fabriken, aus den Portals der Bürohäuser. Nicht lange währt es, da sieht man sie in Scharen auch die Stadt verlassen, mit hellen Gesichtern. Der laue Abendwind, geschwängert mit frischem, herbem Duft der grünen Wälder und Felder und der blumigen Wiesen, glättet die Stirne und weitet die Brust. Froh erklingen die Lieder der jungen Wanderscharen. Wie die Stadt gleich einem Polyp die Kräfte der Menschen aufsaugt, so ist die Natur die Quelle, die willig immer wieder die Kräfte auffüllt. Die Burschen und Mädchen, schon fernab der Stadt, streben den Jugendherbergen zu. Das ist das Ziel der Jugend. Denn zwischen ihr und dem unerschöpflichen Lebensborn Natur sind die Jugendherbergen die Vermittlerinnen. Hier in den geschmackvoll, einfach eingerichteten und darum anheimelnden Räumen findet sich die Jugend. Da schon die gleichen, schlichten Trachten die jungen Menschen einander näher bringen, herrscht immer ein herzlich-freier Ton und reges Leben. Da sind schnell die Sorgen und Mühen der trüben Zeit vergessen. Insbesondere der Gedanke an den folgenden Wandertag in Wald und Feld läßt eine frohe Stimmung aufkommen, denn wenn man des Sonntags gewandert hat, geht es am Montag mit frischer Kraft und frischem Mut und freiem Kopf wieder an die Arbeit.

Darum, du deutsche Jugend, die du noch nicht das rechte Wandern kennst, vertausche am Sonntag die qualmigen, menschenvollen Lokale und die staubigen Straßen mit deinen traumhaften Jugendherbergen und mit dem Gesundbrunnen Natur, und du wirst bald den Segen für Leib und Seele verspüren.

Lehrlingsschutz und Lehrlingsfürsorge der österreichischen Arbeiterkammern

Tätigkeitsbericht der Lehrlingsschutzstellen der österreichischen Arbeiterkammern für 1929.

Der 8. Tätigkeitsbericht der Lehrlingsschutzstellen liefert den Beweis, daß die Organisation des Lehrlingsschutzes in Österreich weiterhin günstig fortschreitet.

Die Lehrlingsschutzstellen gewähren Lehrlingen, Eltern und Vormündern in allen Fragen des Lehrlingswesens Rat und Hilfe. Im Jahre 1929 wurden insgesamt in Wien allein 4662 Beschwerden erledigt und die Lehrverträge von 10 162 Lehrlingen überprüft. 3338 mündliche Auskünfte wurden erteilt und 206 schriftliche Anfragen erledigt.

Insgesamt haben also 18368 Lehrlinge die Wiener Lehrlingsschutzstelle in Anspruch genommen. — Wie ganz außerordentlich die Übertretungen waren, die von den Lehrlingsschutzstellen festgestellt wurden, geht daraus hervor, daß im Jahre 1929 von den Gewerbebehörden über Anzeige der Lehrlingsschutzstellen Strafen im Betrage von 29 182,60 Schilling verhängt wurden. Gewaltig ist der Betrag, den die Lehrlingsschutzstellen durch Vergleiche und Klagen bei Gericht erzielen konnten. 57 000 Schilling wurden auf diesem Wege für die Lehrlinge erreicht. Es ist nur ein kleiner Teil der gesamten Tätigkeit der Lehrlingsschutzstellen, der durch diese Ziffern ausgedrückt wird.

Der Bericht beschäftigt sich ausführlich auch mit allen anderen Aufgaben der Lehrlingsschutzstellen, mit den aktuellen Fragen der Lehrlingsfürsorge, Maßnahmen gegen die Arbeits- und Berufslosigkeit Jugendlicher, Kampf gegen die Verlängerungen der Lehrzeit, Gewerbeordnungs-Novelle 1929, Jugendwohlfahrtsgesetz, Bezahlung von Überstunden und enthält gleichzeitig alle wichtigen Entscheidungen auf dem Gebiete des Lehrlingsrechtes.

Der Aufklärungsarbeit, als der wichtigsten Voraussetzung für einen wirksamen Lehrlingsschutz, wurde größte Beachtung geschenkt. Zahllose Vorträge und Versammlungen dienten diesem Zwecke. Der Bericht enthält als Anhang eine Zusammenstellung über Dauer der Lehrzeit und Zahlenverhältnis der Lehrlinge sämtlicher Wiener Genossenschaften und mehr als 100 ausgewählte, interessante Fälle.

Rundschau

Neubauwohnungen und Mieten

Die Wohnungsnot hält an. Die in den letzten Jahren gebauten Wohnungen sind für die Arbeiter und Angestellten vielfach nicht beziehbar, weil sie zu teuer sind. Nach den Feststellungen der Deutschen Bau- und Bodenbank AG. betragen die Mieten für Neubauwohnungen, die mit Hauszinssteuer und Zusatzhypotheken gebaut sind: eine 1 1/2-Zimmerwohnung zwischen 60 und 68, eine 2-Zimmerwohnung zwischen 67 und 83 RM. monatlich usw. Ohne Zusatzhypotheken gebaute Wohnungen stellen sich noch teurer. Schon ein einfacher Überschlag macht klar, daß solche Mieten von der Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten nicht bezahlt werden können. Nach einer Feststellung des Hamburger Statistischen Landesamts können für 81,3 Proz. der Wohnungsuchenden in Hamburg nur Mieten bis 600 RM. oder 50 RM. monatlich in Frage kommen. Nach einer Berechnung der Bank beträgt der Anteil der Miete für Neubauwohnungen, die mit Zusatzhypotheken gebaut sind, in Berlin bei Angestelltenhaushaltungen von 19 bis 28 v. H. am Höchstinkommen; bei Arbeiterhaushaltungen von 18,7 bis 32,6 v. H. am Höchstinkommen. Es braucht nicht ausgeführt zu werden, daß es einem Arbeiter unmöglich ist, das Drittel seines Einkommens für Wohnungsmieten auszugeben. Deshalb kann man der Bau- und Bodenbank zustimmen, wenn sie schreibt: „Es müßten Mieten zwischen 25 und 45 RM. erreicht werden, um die notwendige Nachfrage nach Wohnungen in den Kreisen der minderbemittelten Bevölkerung wieder herzustellen.“ Sonach ergibt sich die Notwendigkeit, die Kosten für den Wohnungsbau ganz erheblich zu drücken. Die Bau- und Bodenbank empfiehlt Wohnungen von einfacher Ausstattung. Damit soll wahrscheinlich gesagt sein, daß das Badezimmer und ähnliche Einrichtungen fortfallen sollen. Es wäre tief bedauerlich, wenn Neubauwohnungen in der Zukunft solche hygienischen Einrichtungen entbehren müßten. Nach unserer Meinung müßte der Hebel wo anders angesetzt werden. Ersparnisse müssen sich in der Verbilligung der Baustoffkosten, in der Verkürzung der Bauzeit, in der Herabsetzung amtlicher Gebühren und der sonstigen Nebenkosten ergeben. Eine weitere Verbilligung der Zinssätze würde ebenfalls sehr wesentlich zur Verbilligung der Bauten beitragen.

Der Kapitalismus auf dem Wege nach Kanossa

In seinem Buche „Das Schicksal des deutschen Kapitalismus“ kennzeichnet Prof. Bonn die Zwiespältigkeit des Kapitalismus folgendermaßen: „Die deutsche Wirtschaft steht heute schon mitten in einem Staatssozialismus, in dem der Staat in seinen verschiedensten Formen Kapitalbildung und Kapitalbezug regelt. Die Wirtschaftsführer greifen die Grundsätze dieses Staatssozialismus in leidenschaftlicher Weise an, wenn es sich um allgemeine Grundsätze handelt. In den einzelnen Zweigen des Wirtschaftslebens aber, ja selbst bei einzelnen Unternehmungen — wenn es sich um Subventionen handelt — billigen sie nicht nur die Rentabilitätsverschiebungen, die jede Schutzpolitik sich zur Aufgabe macht; sie sehen darin geradezu das Ziel der Wirtschaft. Die gleichen Leute, die noch vor wenigen Jahren in einem erbitterten Kampf bestehende Staatsunternehmungen,

wie die Deutschen Werke, zu zerschlagen suchten, laufen sich die Füße ab, um den Staat zum Teilhaber zu gewinnen, wenn sie in Kreditnöte geraten oder Russengeschäfte finanzieren wollen. Der deutsche Kapitalismus ist längst nach Kanossa gegangen; zähneklappernd in härenem Gewande steht er heute im Schloßhof und friert.“

Die Konsumgenossenschaften in der Wirtschaftskrise

Wohl in keinem Teile des Reiches wirkt sich die Wirtschaftskrise so stark aus wie in Sachsen. Daß dies nicht ohne Einwirkung auf die Konsumgenossenschaftliche Entwicklung ist, versteht sich von selbst. Der Abschluß des Konsumvereins „Vorwärts“ Dresden bietet dafür einen Beweis. Der Gesamtumsatz dieses festgefügt und innerlich gesunden Konsumvereins ist in dem verflorenen Geschäftsjahr von 57,3 auf 55,2 Millionen zurückgegangen. Der Umsatz im Geschäftsjahr 1927/28 betrug 47,6 Millionen Mark. Angesichts der Riesenarbeitslosigkeit muß man sich wundern, daß ein nicht stärkerer Rückgang zu verzeichnen war. Der Konsumverein „Vorwärts“ zeigt im übrigen eine gesunde Weiterentwicklung. So ist es beispielsweise gelungen, den Umsatz von Frischmilch von 4,8 auf 5,5 Millionen Liter zu steigern. Die Fleischwarenteilungsstellen konnten ihren Umsatz von 4,1 auf 4,9 Millionen Mark erhöhen. Auch die Bäckereien zeigen eine Umsatzsteigerung. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des Geschäftsjahres 80318. Die Spareinlagen erhöhten sich von 15,7 auf 19,7 Millionen Mark. Geht es einmal mit der Wirtschaft wieder besser, so wird das Geschäftsergebnis des Konsumvereins „Vorwärts“ Dresden die Scharte bestimmt wieder auswetzen.

Der deutsche Produktionsapparat ist intakt

Eine Wirtschaftsordnung, die Millionen Menschen ohne Beschäftigung läßt, kann keineswegs den Anspruch erheben, vollendet zu sein. Die Riesenarbeitslosigkeit in Deutschland läßt erkennen, daß mit der kapitalistischen Wirtschaft etwas nicht in Ordnung ist. Dennoch ist der Produktionsapparat an sich gesund. Dies wird mit treffenden Worten in dem Wirtschaftsbericht der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt Nr. 23 bestätigt:

„Nicht zuletzt dank einer die ganze Wirtschaft bis in ihre äußerste Verästelung durchdringenden Rationalisierung ist der deutsche Produktionsapparat sowohl quantitativ als auch — was wohl noch mehr gilt — qualitativ durchaus intakt. Auch kann man das gewerbliche Verteilungsverhältnis, besonders was die Bevölkerungsgruppierung nach landwirtschaftlicher und industrieller Arbeitsleistung anlangt, in Deutschland keineswegs unvorteilhaft bezeichnen. Ebenso stellt die Begrenztheit der deutschen Rohstoffgrundlagen im Lande selbst die im wesentlichen auf Produktveredelung angewiesene deutsche Wirtschaft angesichts der fortschreitenden scharfen Preisrückgänge in vielen gewerblichen Ausgangsmaterialien zur Zeit finanziell günstiger als andere Länder mit großer eigener Rohstoffbasis, wenngleich die preiskalkulatorische Unsicherheit auch in Deutschland zeitweilig wie gerade jetzt die kaufmännische Unternehmungslust zu behindern vermag.“

Wenn es trotz dieses guten Produktionsapparats, der zweckmäßigen Bevölkerungsgruppierung und sonstiger angeführten Gründe, zu solchen

Funktionsstörungen kommt, dann muß dies an der Leitung liegen. Die Herren, die zu Wirtschaftsführer berufen sind, scheinen diesen intakten Produktionsapparat nicht zweckmäßig regieren zu können.

Vom Büchertisch

Hauptprobleme der Soziologie. Von Mark Abramowitsch. Verlagsanstalt „Courier“ G. m. b. H., Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4, Preis kart. 5,— Mk.

Prof. Abramowitsch ist uns kein Fremder, und das, was er uns in diesem Buche zu sagen hat, verdient einen Leserkreis. Ein selbständiges Auseinandersetzen mit den Fragen der Soziologie in einem logischen Aufbau führt der Gedankengang zu Lösungen, die zwangsläufig kommen müssen. Und wenn die Lösung neu und anders ist, so wirkt sie doch überzeugend. Jeder, der sich mit den marxistischen Problemen beschäftigt, kann an diesem Buch nicht vorbei gehen. Es ist eine wertvolle Bereicherung der soziologischen Literatur und gibt starke Anregung. Wir empfehlen jedem strebsamen Kollegen und Funktionär dieses Werk aus wärmster, denn man erhält nicht nur einen Einblick in die Probleme der Soziologie, sondern erkennt hier, daß es eine Wissenschaft für sich ist.

Achtung, Reichstagswahl 1930! Verlag der Gemeinshaft, Jena, Oberer Philosophenweg 29.

Friedrich Gürtler (Berlin), Hermann Fleißner (Dresden), Paul Bergmann (Hamburg), Paul Riecke (Köln) und Franz Feuerstein (Stuttgart), bringen in dieser Broschüre aus dem Bereiche der Konsumvereine ein Material für die Wähler, das man in jeder Hand wissen möchte. Wer das gelesen hat, muß sich für die Konsumvereine entscheiden. Für ihn gilt deshalb bei der Wahl: Für die Sozialdemokratie und gegen den Bürgerblock.

Der Dollar steigt. Von Felix Scherret. Inflationroman aus einer alten Stadt. Verlag der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin SW 61. Ganzleinen Preis 4,80 Mk.

Der Roman gibt einen Querschnitt durch die Inflation. Es ist eine soziale Kritik am Bürgertum. Der Verfasser wählt Danzig, weil gerade in diesem Staat, der keine Devisen-Sperre hatte, die Inflation ihre schärfste Ausprägung erfuhr. Ferner aber gelang es den vereinigten Danziger Arbeitern, die Inflation zu beenden und Löhne in Goldwährung und bald darauf eine eigene stabile Valuta durch einen Generalstreik zu erzwingen. — Der Hauptakzent der Darstellung ruht darauf, wie eine wertenterte Valuta auch die Menschen entwertet. Die Maske ehrbarer Bürgerlichkeit fällt in dem Moment, wo es sich darum handelt, auf irgendeinen legalen oder illegalen Wege Dollars zu erhalten. Die Menschen sind ohne Haß und Liebe gesehen, sie erscheinen nur als Astrahlungen einer trübsinnig gewordenen Zeit. Scherret schreibt einen lebendigen, flüssigen Stil. Die spannende Handlung zieht den Leser unmittelbar in ihren Bann und läßt ihn bis zum Schluß nicht mehr los. Der Roman verdient als echtes Zeitdokument recht zahlreiche Leser.

Jahrbuch des Arbeiterrates Groß-Hamburg. Selbstverlag des Arbeiterrates Groß-Hamburg, Große Theaterstr. 44.

Bericht des Verbandes der Deutschen Buchdrucker über das Jahr 1929. Verlag des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 61, Dreißundstr. 5.

Geschäftsbericht des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands für das Jahr 1929. Verlag des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, Berlin C 2, Neuer Markt 8-12.

Inhaltsübersicht

Hauptteil: Auf dich kommt es an! / „Bioß Schnauze!“ II. / Steuerliche Gerechtigkeit? / Arbeiterschaft erkenne deine Macht. **Recht und Gesetz:** Die Verschandelung der Krankerversicherung. / Unfallverhütungsbild. / Der Krankenschrein. **Jugendhilfe:** Sport und Klassenstaat. / Maschine — Mensch — Natur. / Lehrlingsschutz und Lehrlingsfürsorge der österreichischen Arbeiterkammern. **Rundschau.** / Vom Büchertisch. / Anzeigen.

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität
la Auswaschtinktur Zinkätzsalz D. R. P.
Entsäuerungspulver, Schleifkugeln
sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck
Karl Maß G. m. b. H., Berlin SO 36 Wiener Straße Nr. 50
Fernspr. Mor. 12289

Das Beste für den Offset- und Steindruck ist:
Druckpaste „Nürwa“, Trockenmittel **„Molloin“** (bleifrei)
Scharfrockner „Ratol“. Seit Jahren bestens bewährt.
KARL A. WAGNER, Chemische Produkte,
Crimmitschau I. Sa., Schieferstraße 4.

Retuschier-Apparate



für feinste Maschinen-Retusche
sowie Farben und Pinsel liefert

Carl Rückriem, Leipzig N 21, Theresienstr. 41

Das Berechnungswesen des Steindrucks

von Alfried Weck. Preis inkl. Nachnahme u. Porto 1.90 RM. Zu beziehen durch Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig

Unserem Kollegen
Eduard Fickenwirth
dem Gründer der Mitgliedschaft Saalfeld, entbietet zu seiner Geliebten Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche
Mitgliedschaft Saalfeld (Saale)

LINDCAR
Jetzt auch Nähmaschinen!
LINDCAR-FAHRADWERK AKTIENGESELLSCHAFT
BERLIN-LICHTENRADE
Unternehmen der freien Gewerkschaften
Lindcar-Fahrad und Lindcar-Nähmaschinen
gegen kleinste Wochenraten, durch das Werk, unsere Niederlagen und alle Ortsausschüsse des A. D. G. B.